

## **Die persönliche religiöse Prägung von Politikern wird zu oft zur Voreingenommenheit in Sachen Religionsfreiheit**

**Statements von Thomas Schirmmacher bei einer Podiumsdiskussion am 15.9.2014 im Deutschen Bundestag bei dem C-Kongress der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag *Menschenrecht Religionsfreiheit – Podiumsdiskussion „Wie schützen wir verfolgte Christen?“***

**Abschrift der Auszüge der Aufnahme unter <https://www.youtube.com/watch?v=rGK2CITBUi0> (16.9.2014)**

**Tanja Samrotzki, Journalistin, Moderatorin:**

*Ich habe gerade in meinen zahlreichen Unterlagen ein Zitat des CDU/CSU-Politikers Andreas Schockenhoff gefunden. Er sagte das zum Thema Waffenlieferungen, aber ich finde, das passt hier sehr gut auch zu Ihrem Vortrag (von Dr. Jana Puglierin, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, DGAP): Unsere Art und Weise, über Außenpolitik zu reden, nähert sich der veränderten Realität langsam an. Vor dem Hintergrund all dessen, was wir gehört haben ..., wollen wir jetzt nach vorn schauen, nach möglichen Ansätzen suchen, wie wir verfolgten Christen beistehen und dem Recht auf Religionsfreiheit zu mehr Geltung verhelfen können. Unsere Reaktionsmöglichkeiten, die neuesten, werde ich mit den Exzellenzen Erzbischof Warda, Erzbischof Schick und Landesbischof Fischer ... sowie mit Professor Heiner Bielefeldt und einem in dieser Runde Neuem, aber Ihnen nicht ganz unbekanntem Gesicht, Professor Dr. Dr. Thomas Schirmmacher ... (erörtern).*

*Ich stelle auch Herrn Schirmmacher noch kurz vor ... Sie kennen Thomas Schirmmacher sicher als Pionier in Sachen Religionsfreiheit. Er ist Vorsitzender der Theologischen Kommission der Weltweiten Evangelischen Allianz, die etwa 600 Millionen evangelische Christen weltweit vertritt. Und Thomas Schirmmacher hat 2006 das Internationale Institut für Religionsfreiheit gegründet und ist auch dessen Direktor. Prof. Dr. Dr. Thomas Schirmmacher ist zudem Präsident des Internationalen Rates der International Society for Human Rights. Er hat eine Professur für Religionssoziologie in Rumänien und eine für globale Ethik und internationale Entwicklung in Indien. ... Ich möchte auch Ihnen kurz die Gelegenheit geben, dass Sie Stellung nehmen zu dem, was wir gehört haben.*

**Minuten 43:12 bis 59:45 bis 49:20**

Ich möchte unterstreichen, dass wir beim Thema „Menschenrechte und Religionsfreiheit“ gewaltigen Nachholbedarf haben. Wir haben keine akademischen Einrichtungen weltweit, die sich damit beschäftigen. Das gilt für Jura, Religionswissenschaft und Theologie gleichermaßen. Es ist eine der Aufgaben unseres Instituts, das in die Gänge zu bringen, aber es ist ein mühsames Geschäft.

Ich bin vor einer Woche in Straßburg gewesen; dort hatten wir ein ökumenisches Treffen, wie es ökumenischer nicht geht: Drei päpstliche Kommissionen des Vatikans, Weltkirchenrat, Weltweite

Evangelische Allianz, Russisch-Orthodoxe, Griechisch-Orthodoxe usw. – alle waren da. Und es ging darum: Wer kann aussagekräftige und zuverlässige globale Daten zur Verfügung stellen. Wir konnten nur feststellen: Uns fehlen Ansprechpartner, selbst im Vatikan. Es gibt durchaus Leute, die das Thema unterstützen, aber es ist nicht institutionalisiert. Wir können gerade einmal abfragen, wie viele katholische Bischöfe und Priester ums Leben gekommen sind, weitere Daten sind auf Abruf nicht verfügbar. Der Papst hat uns hoch und heilig versprochen, das zu ändern. Das Interesse daran ist sehr groß.

Man kann alle Kirchen durchgehen. Der Ökumenische Rat der Kirchen sagt: Wir haben keine Kommission, die dafür zuständig ist. Der Päpstliche Rat für den Dialog der Religionen hat jetzt erstmals gegen religiöse Gewalt Stellung genommen – ein neues Thema für einen Rat, der für den Dialog zuständig ist, und nun sagen muss: Hier ist kein Dialog möglich. Und man könnte jetzt alle Bereiche durchgehen – die Zahl der Fachleute ist immer noch sehr gering.

Wenn ich mir überlege, wie oft wir [zeigt auf Prof. Bielefeldt] zusammen auf der Bühne sitzen, dann dürfte das wirklich nicht sein. Es müsste eine Menge von Fachleuten geben für dieses gewaltige Thema, das für jeden erkennbar die Weltpolitik zunehmend mitbestimmt. Trotzdem war es die ganze Zeit unterbelichtet. Und das gilt speziell für das Thema Christenverfolgung. Wie gesagt, das fängt bei den Kirchen an. Und es gilt allgemein für das Thema Religionsfreiheit. Das gilt erst Recht für unbeliebte Themen der Religionsfreiheit, etwa die Lage der Zeugen Jehovas oder anderer, gewissermaßen unbeliebter Gruppen. Es gibt etwas Insiderwissen, aber sonst eigentlich überhaupt nichts. Und das hat wieder zur Folge, dass den Politikern die fachliche Beratung auf Faktenbasis fehlt, dass sie nicht genug Informationen zur Verfügung haben.

Einige ‚hellsichtige‘ Politiker weisen seit Jahren beharrlich auf die Bedeutung dieses Themas hin, einigen von ihnen haben wir dieses Forum zu verdanken. Aber die internationale Etablierung macht kaum Fortschritte. Neuerdings gibt es einen Beauftragten für Religionsfreiheit in Kanada. In den USA ist das Thema fast schon wieder eingeschlafen. Dort gibt es theoretisch sogar zwei gewichtige Gremien, aber es tut sich fast gar nichts.

Bei der Berichterstattung ist also ein Riesennachholbedarf, damit wir überhaupt erst einmal ein richtiges Bild bekommen. Und ich glaube, vielen ist auch nicht bewusst, dass jetzt mit dem Irak und Syrien schlaglichtartig etwas in die Medien kommt, was in anderen Ländern ähnlich schon länger stattfindet. Iraker und Syrer sind nicht die ersten Menschen, die um ihrer Religion willen ums Leben kommen oder in Massen vertrieben werden.

Es wurde gesagt, die EU habe – sehr erfreulich – in den letzten zwei Jahren aufgeholt. 40 Jahre zu spät! Da hätte man sich längst mit beschäftigen müssen. Wir hatten kürzlich eine Indonesien-Anhörung: Christenverfolgung, Schiitenverfolgung etc., und da haben Mitarbeiter laut auf die neuen Regeln der EU-Außenabteilung verwiesen und gesagt, es wäre ja ganz schlimm, dass in Indonesien auf der Insel Aceh die Scharia gilt. Darauf hat der indonesische Botschafter gesagt, auf der Insel Aceh, wollte Indonesien die Einführung der Scharia nicht zulassen. Vermittler im Bürgerkrieg auf Aceh war die EU, die damals den Frieden vermittelt hat. Die EU hat gesagt, solange die Scharia nur für Muslime gilt, sei das Teil des Kompromisses, und hat das Indonesien aufgedrängt. Das war die EU früher.

So etwas würde die EU wahrscheinlich heute nicht wieder tun, aber es zeigt, welcher großer Nachholbedarf da ist. Das erlebe ich immer wieder bei Politikern: Die gewaltige Unsicherheit, wenn Religion ins Spiel kommt, wie geht man damit emotional, wie geht man überhaupt damit um. Das ist eine Stellschraube, wo keiner so richtig einschätzen kann, was passiert. Menschen mit säkularem Hintergrund noch viel weniger, aber selbst Menschen mit religiösem Hintergrund können das oft überhaupt nicht einsortieren.

**Tanja Samrotzki, Moderatorin:**

*Herr Bielefeldt, Sie beschreiben einen Impuls, der aus den Religionsgemeinschaften selbst kommt oder aus den Familien. (An Thomas Schirrmacher) Können Sie das vielleicht ergänzen um staatliche Maßnahmen, die sich bewährt haben, oder organisierte kirchliche Maßnahmen.*

**Minuten 59:45 bis 1:02:49**

Ich möchte erst einmal generell zu dieser positiven Sache sagen: Man kann nicht wissen, ob man etwas bewirkt, wenn man es nicht versucht hat. Und ich gebe dem allen recht: Bildung usw.. Aber was wir vor allen Dingen brauchen, ist eine unmittelbare und offensive Verteidigung der Religionsfreiheit, eine Mission der Religionsfreiheit. Das fängt für mich positiv an. Ich bin in drei Tagen beim Präsidenten von Albanien, einem islamischen Land, in dem Christen Religionsfreiheit haben. Dort müssten sich unsere Leute die Klinke in die Hand geben und sagen: Danke, bitte macht weiter so, wir helfen euch. Türkei, Serbien, Bosnien, Kosovo – alles Nachbarländer, die es anders machen. Die Albaner haben einfach beschlossen: Bei uns nicht.

Und da sind wir beim Thema, wo wir uns ja ganz einig sind – es ist einfach nicht wahr, dass die Konflikte in den Regionen oft Jahrhunderte alt sind. Es sind konkrete Menschen hier und heute, die entscheiden, ob sie sich die Köpfe einschlagen oder nicht. Und wir Vertreter der Religionen müssen propagieren: Religionsfreiheit nützt den Religionen. Wenn es uns wirklich um Glauben geht, und als Christen allemal, dann müssen wir festhalten: Glauben ist ein tiefes Vertrauen auf Gott. Das kann man nicht erzwingen! Wir müssen die positiven Kräfte stützen, ihnen sagen: Danke, macht weiter so. Zum Beispiel in Indonesien, wo die Lage gespannt ist – wir müssen Dankesbriefe schreiben. Das ganze Land hat den richtigen Präsidenten gewählt, nämlich den, der schon lange die riesige Hauptstadt Jakarta mit einem Christen zusammen regiert hat. Sein Gegner war eher muslimisch orientiert. Aber die Mehrheit der Bevölkerung hat ihn nicht gewählt. Wir müssen dem Mann Mut machen, diesen Kurs, den er in Jakarta gefahren hat, jetzt auch im ganzen Land umzusetzen.

Wir müssen natürlich auch, wo es nicht so ist, Werbung dafür machen. Die katholische Kirche hat das im zweiten Vatikanischen Konzil unter anderem auf Grund ihrer Erfahrung in den USA gemacht. Die katholische Kirche dort hatte nur die Religionsfreiheit, sie war nicht beliebt, sie war klein, und das hat ihr am Ende nicht geschadet, sondern genutzt. Heute ist sie die größte Kirche in den USA. Das muss man vermitteln: Religionsfreiheit wie in unserem Land schadet der Religion, dem Glauben nicht, sondern sie nützt ihm.

Deshalb müssten unsere Staaten Religionsfreiheit auch viel mehr anpreisen und „verkaufen“. Staaten mit Religionsfreiheit sind – das zeigt jede Untersuchung – friedliche Staaten. Staaten ohne Religionsfreiheit sind im Regelfall nicht nur unfriedliche Staaten, sondern produzieren, denken wir an Saudi-Arabien, auch lauter gewalttätige Bewegungen, weil Gewalt dieser Art zwischen den Religionen gezüchtet und exportiert wird. Es nützt also den Staaten, ich könnte auch sagen, es nützt der Wirtschaft. Wer Minderheiten, auch gerade religiöse, unterdrückt, schadet immer der Wirtschaft. Das müsste aktiv propagiert werden. Wir denken, Religionsfreiheit sei eine nette Sache. Nein, jedes Menschenrecht, auch dieses, muss aktiv begründet, verteidigt und auf den Markt geworfen werden. Und ich glaube, dass man Leute davon überzeugen kann.

**Tanja Samrotzki, Moderatorin:**

*Herr Schirmmacher, wäre das denn nicht genau jetzt die Zeit, eine internationale Allianz zu schmieden? Wir haben schon erwähnt, es gibt in Kanada und USA Bestrebungen. ... Vielleicht können Sie uns ein Update geben. Und wäre es nicht auch gut – wir haben früher gesagt, wir brauchen einen Mr. oder eine Mrs. Außenpolitik für die EU, und wäre es nicht auch gut, wir hätten einen Sonderbotschafter für Religionsfreiheit, und wie stehen da die Chancen?*

**Minuten 1:15:30 bis 1:19:32**

Die globale Vernetzung ist auf allen Ebenen notwendig. Zum Beispiel im Bereich der Wissenschaft: Wir brauchen viel mehr international vernetzte Forschung, um an Daten zu kommen. Aber auch innerkirchlich brauchen wir mehr Vernetzung. Es ist eine Schande, dass wir selbst bei diesem Thema manchmal versuchen, ökumenische Probleme auszutragen, wo doch Christenverfolgung dafür nun wirklich der dümmste Platz ist. Aber trotzdem, seit einer Woche reden wir auf oberster Ebene alle miteinander, aber leider eben auch in Folge der Ereignisse. Das ist innerkirchlich. Zwischen den Religionen ist das noch sehr schwer vorstellbar. Ja, es ist keine Frage, dass wir das brauchen. Religionsfreiheit ist in den UN noch nirgends richtig angesiedelt. Es gibt eine Menge Stellen in der UNO, die werden ganz nervös. So wird zum Beispiel der Flüchtlingskommissar ganz nervös, wenn das Thema Religion aufkommt. Ethnische Gruppen usw., darüber redet man. Aber über religiöse Minderheiten?

Ein wunder Punkt: Es wurde gesagt, die deutschen Politiker tun so viel. Ich bin jetzt einmal so frei und schreibe Ihnen etwas ins Stammbuch, obwohl die nicht hier sind, die es betrifft. Wir müssen nüchtern sehen: International, aber auch hier im Bundestag ist die Problematik, dass die Frage, ob man sich für Religionsfreiheit einsetzt, bei vielen untrennbar verquickt ist mit ihrer persönlichen Auseinandersetzung mit Religion. Also wenn sie selber mit dem Christentum ‚auf Kriegsfuß‘ stehen, setzen sie sich für alle möglichen religiös Unterdrückten ein, aber wenn es um Christen geht, haben sie Probleme.

Das Ergebnis haben wir hier bei einer Anhörung vor dem Menschenrechtsausschuss live erlebt, da spiegelten die meisten Leute, die hier saßen, um als Experten über Religionsfreiheit in Europa zu reden, die verschiedenen Parteien wider. Die Atheisten sagten, wie schrecklich es ihnen geht, die Muslime sagten, wie schrecklich es ihnen geht, jeder sagte, wie schrecklich es seinen Gesinnungsgenossen geht. Doch Religionsfreiheit ist wie Folterverbot kein eingeschränktes

Menschenrecht, das für bestimmte Gruppen mehr oder weniger gilt. Wir kommen nur voran, wenn wir diese Phalanx durchbrechen, wenn die Atheisten sagen, ja wir wollen Religionsfreiheit für Atheisten, aber Religionsfreiheit ist nicht teilbar, wir wollen sie für alle. Religionsfreiheit für Atheisten bekommen wir nur, wenn auch Christen Religionsfreiheit haben – und die Christen eben umgekehrt, wenn wir gemeinsam an einem Strang ziehen.

Doch ich sehe gerade bei Politikern, nicht nur in Deutschland, sehr stark ausgeprägt, dass die persönliche innere Auseinandersetzung, das Ringen, wo sie selbst stehen, voll durchschlägt. Bei anderen politischen Themen ist das nicht zwangsläufig so, es kommt vor, aber bei kaum einem Thema schlägt es so durch, dass man meistens daraus, für wen sich die Politiker einsetzen, auf ihr persönliches Verhältnis zur Religion schließen kann. Die einen sagen, man muss als Erstes den Islam erwähnen. Ich habe vorhin nicht im Ernst gesagt: Für uns Christen war es von Vorteil, dass jetzt die Jesiden verfolgt werden, weil viele jetzt sagen können: Jesiden und Christen werden verfolgt. Und deshalb kann man viel besser darüber reden. Nun bin ich der letzte, der nicht über die Verfolgung der Jesiden reden will – aber es ist doch eine Schande: Es werden Menschen umgebracht!, das muss ich doch benennen können, ohne gleich sagen zu müssen: Oh jetzt habe ich aber vergessen, noch die zu nennen und jene zu erwähnen. Es ist einfach eine Schande, dass Menschen wegen ihrer innersten Überzeugung getötet werden, diskriminiert werden, und das müsste doch für alle klar sein. Es müsste im Bundestag, wenn es zu einer Abstimmung zur Religionsfreiheit kommt, immer 100% aller Stimmen dafür geben! Man kann doch nicht über Artikel 18 der Menschenrechtserklärung abstimmen, je nachdem, was man selbst mit dieser oder jener Religion erlebt hat! Es haben gefälligst alle dafür zu sein, dass alle Menschen in Freiheit eine Religion oder keine Religion haben dürfen, egal was die Politiker selbst privat glauben!

***Tanja Samrotzki, Moderatorin:***

*Wo ist denn die Stimme der Muslime, Herr Schirmmacher?*

**Minuten 1:28:30 bis 1:31:30**

Das kommt darauf an, in welches Land sie gehen. Wenn sie nach Indonesien gehen, werden sie sehr viele überzeugte Muslime finden, die ganz selbstbewusst für Religionsfreiheit im Land eintreten. Wir haben in Indonesien für unser Internationales Institut eine goldene Situation, weil es dort muslimische Institutionen sind, die alle Fälle von Christenverfolgung registrieren. Das ist also ganz unabhängig, ganz offensichtlich. Es ist natürlich eine andere Spielart des Islam, sehr bedroht vom wahabitischen arabischen Islam, der dort Geld hineinpumpt. Aber es gibt das natürlich, aber das ist meines Erachtens eine Sache, die wir überall einfordern und unterstützen müssen.

Ich habe eben über die Abgeordneten gesagt: Wir müssen sehen, sich für die eigene Freiheit einzusetzen, ist noch nicht Religionsfreiheit. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Wenn Allianz-Evangelikale verfolgt werden: Wir haben eine Religious Liberty Commission der Weltweiten Evangelischen Allianz, die hat diese Aufgabe, die eigenen Leute zu verteidigen. Die Katholische Kirche hat einen diplomatischen Dienst. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Wenn meine Familie ein Problem bekommt, verteidige ich meine Familie. Religionsfreiheit heißt aber: Wir wünschen

dieses Menschenrecht für alle. Deswegen hat die Weltweite Evangelische Allianz unser Institut und andere Institutionen, die sich für die Religionsfreiheit aller Religionen einsetzen. Ich bin überzeugter Christ, aber ich möchte, dass kein einziger Atheist irgendwo behelligt wird. Ich möchte ihn zwar überzeugen, aber wenn ich ihn nicht überzeugen kann, dann soll er in aller Seelenruhe seine Auffassung behalten. Ich will nicht, dass er im Entferntesten in eine Situation kommt, wo er womöglich Christ wird, weil er denkt, er kriegt sonst weniger Geld oder hat andere Nachteile. Und das müssen wir mit allen zusammen einfordern, auch mit und von den Muslimen, wir müssen mit ihnen darüber reden. Entweder seid ihr für Religionsfreiheit, dann macht mit uns mit und fordert sie ein für alle, oder ihr wollt sie nur für euch, dann beschwert euch nicht, dass sie Andere – fälschlicherweise – nicht für euch wollen.

Wir hatten in Bonn die erste muslimische Partei, eine lokale Partei, die in den Stadtrat kam, und ich habe mit meinen türkischen Freunden geredet. Ich sagte, wenn ihr aus diesem Geruch herauskommen wollt, schreibt an Erdogan einen Brief, was ihr an Religionsfreiheit hier in Bonn gut findet. Sie haben das auch tatsächlich gemacht. Der Brief ist veröffentlicht worden, sie haben unter den Brief geschrieben: Lieber Herr Erdogan, kommen Sie doch einmal und schauen Sie sich das hier an, uns geht es hier viel besser als in der Türkei. Ich will sagen, dass wir a) Werbung für Religionsfreiheit machen müssen und b) das natürlich auch mit Muslimen, die dafür sind. Es sind ja auch Millionen von Muslimen desillusioniert über all diese Gewalt im Namen des Islam. Es gehört nicht viel dazu zu sagen: Das will ich nicht.

#### **Minuten 1:33:40 bis 1:34:15**

Nur ein Satz. Als es um die Frau in Pakistan ging, haben wir buchstäblich an Tausende muslimischer Organisationen in aller Welt geschrieben und ihnen gesagt: Schreibt bitte nach Pakistan. Und die Pakistanis sind eingedeckt worden mit Schreiben aus aller Welt von muslimischen Organisationen. Natürlich weiß ich: Manche dort haben nicht ihren Staat repräsentiert, sondern waren selber eine kleine Gruppe. Aber wir wollten, dass nicht nur christliche Briefe in Pakistan ankommen, sondern auch Muslime sagen: Was ist denn das für ein Aushängeschild für Pakistan?

#### ***Tanja Samrotzki, Moderatorin:***

*Herr Schirmmacher, kann ich mit Ihnen jetzt auch noch einmal diese UN-Schutzzone vertiefen. Sie wird gerade konkret gefordert zum Beispiel vom Vorsitzenden des Zentralverbandes der Assyrer in Deutschland, der noch einmal darauf hinweist, dass in Mossul das erste mal seit 1600 Jahren keine Christen mehr leben. Er sagt, es geht nur mit einer UN-Schutzzone. Wie sehen Sie das?*

#### **Minuten 1:43:43 bis 1:46:20**

Für die Weltweite Evangelische Allianz ist unser Generalsekretär bei Obama gewesen und hat ihm gesagt: Ihr habt den Schlamassel angefangen, jetzt sorgt wenigstens für eine Schutzzone. Das ist keine Dauerlösung, aber immerhin hat die Situation mit den Kurden gezeigt, dass Schutz zonen tatsächlich Situationen stabilisieren und Menschenleben schützen können.

Und ich würde gerne in dieser Situation auch sagen, wenn man nach Dialog fragt: Wir reden von zwei völlig verschiedenen Paar Schuhen, wenn wir nach dem Dialog der Kirchen und dem Dialog des Staates fragen.

Einerseits: Was – ich sage jetzt einmal – *wir* Kirchen tun, da würde ich vollkommen recht geben und noch oben drauf setzen, dass wir uns auch um die vielen schließlich desillusionierten Jugendlichen kümmern müssen. Die ersten IS-Kämpfer kommen jetzt schon im Dutzend nach Deutschland zurück, völlig desillusioniert. Sie dachten, sie töteten im Namen Gottes, und stellen am Ende fest: Es schießt einfach nur noch jeder jeden ab, und der eine Offizier bringt den anderen Offizier um, weil er seinen Posten haben will. Diese Bewegungen sind auch starke Durchlauferhitzer. Es ist nicht so, dass es fixe Zahlen sind, sondern ein Kommen und Gehen, und die allerwenigsten sind länger als ein Jahr dabei - dazu gibt es Untersuchungen.

Aber wovon wir jetzt hier reden, ist vom Staat, und ich denke, wir sind uns alle einig, unsere Staaten reagieren nicht, weil sie christliche Staaten sind, sondern sie reagieren, weil sie eben Staaten sind. Und die ureigenste Aufgabe des Staates ist der Schutz des Lebens und der Menschenrechte; erst einmal im eigenen Bereich und dann – das ist eine komplizierte Frage, die überlasse ich im Detail den Juristen – aber prinzipiell eben auch in anderen Bereichen, wo andere Staaten versagen oder diese Schutzfunktion nicht wahrnehmen. Das heißt, jetzt geht es für den Staat um die ganz banale Frage: Wie kann man im Moment die höchste Zahl von Menschenleben retten. Und dafür ist eine Schutzzone eine sehr sinnvolle Idee. Dass dann besser die Politiker als die Bischöfe durchrechnen, wie das geht und ob das funktioniert, ist überhaupt keine Frage. Die Fachleute sollen das sagen. Aber prinzipiell ist es eine sinnvolle Idee, um Menschenleben zu schützen und sicherzugehen, dass die Menschen überhaupt noch da sind, wenn wir in zwei Jahren vielleicht überlegen, wie es dort weitergeht.

**Tanja Samrotzki, Moderatorin:**

*Die Frage nach der Gewalt.*

**Minuten 1:55:14 bis 1:58:11**

Man muss ja sehen: Das Christentum hat als positive Seite zu vermerken, dass es die letzten Jahrhunderte und insbesondere in den letzten 50 Jahren friedlicher geworden ist. Was in Nordirland lief, war uns allen nur noch peinlich, und wir sind froh, dass es zumindest offiziell vorbei ist. Aber das ist natürlich ein Prozess gewesen, dass das Christentum den Gedanken nicht mehr verfolgt, Mission mit staatlicher Hilfe auszubreiten, den Staat überhaupt zu Hilfe zu nehmen. Und das Dokument, das schon erwähnt wurde *Das christliche Zeugnis in einer multireligiösen Welt* ist gewissermaßen das amtliche Symbol 2011, dass jetzt alle Kirchen aufgegeben haben, sich in dieser Art und Weise auszubreiten. Das heißt, dass wir auch konsequent das Gewaltmonopol an den Staat abgegeben haben. Das heißt das im Klartext. Wir beanspruchen nicht mehr irgendein Recht darauf, Gewalt zu haben.

Das Problem ist natürlich die Größenordnung. Dieses Prinzip muss in den Kirchen missionarisch verbreitet werden. Es stellt sich nicht von selbst ein und schon gar nicht einfach von unseren Leuten und erst recht nicht in gewalttätigen Situationen. Für uns hier im friedlichen Westen ist es schwierig, den Christen in Afrika zu sagen: Haltet euch zurück, wenn gegen Christen Gewalt angewendet wird. Wir kennen diese ungeheure Spannung, dass wir den Menschen nicht sagen können: Ihr dürft euch nicht wehren, gleichzeitig aber wissen, wenn die Kirche aktiv mit Gewalt in die Konflikte eingreift und sich wehrt, dann ist das nach unserer Überzeugung nicht nur ethisch falsch, sondern hat meistens die verheerende Konsequenz, dass die Gewaltschraube sich immer weiter dreht. Das ist wieder so eine Sache, die wir völlig versäumt haben. Mit Christen in Indonesien, als es 5000 Tote gab, das war 2005, hätten wir damals die ersten internationalen Konsultationen haben sollen. Wie reagieren Kirchen eigentlich auf brutalste Gewalt? Dürfen sie sich verteidigen oder nicht? Wir haben jetzt, vor einer Woche, darüber gesprochen, dass wir diese Fragen international erörtern müssen. Wir haben eine Konsultation mit afrikanischen Kirchenführern. Aber es handelt sich gerade nach dem Dokument von 2011 um eine internationale Frage, die erst einmal die Kirchen selber angeht: Dass sie das zu einem ganz offenen Thema machen, dass wir Verständnis dafür zeigen, dass Kirchen, wo alle abgeschlachtet werden, erst einmal menschlich reagieren, und ihnen natürlich Mut machen, aber auch auf den Punkt bringen, dass das natürlich ihre Entscheidung ist. In Indonesien haben sich alle Kirchen inzwischen entschieden, auf Gewalt nicht mit Gewalt zu reagieren, aber das können sie natürlich nur selbst. Aber es ist eine ungeheure Herausforderung. Für mich führt kein Weg daran vorbei, dass wir diesen mutigen Schritt tun, aus unserem Glauben heraus, dass wir die Gewaltspirale nicht damit anheizen, dass wir immer neue Gegengewalt produzieren.

**Tanja Samrotzki, Moderatorin:**

*Ganz kurz Herr Schirrmacher.*

**Minuten 2:09:31 bis 2:10:45**

Ich möchte das unterstreichen. Ein Beispiel: Ich bin in einem syrisch-orthodoxen Kloster mit etwa 3000 Flüchtlingen. Ich hatte meinen Sohn dabei, und der fragte in die Runde: Wenn ich euch nach Deutschland mitnehmen könnte, jetzt, wer würde mitkommen? Es haben sich praktisch alle 3000 gemeldet. Kurzer Hintergrund: Warum ist das so? Wir denken immer, die sind doch immer noch in einem arabischen Land. Aber für jemand, der aus dem Irak kommt und plötzlich in Jordanien oder im Libanon leben soll, ist es nicht so, dass er immer noch halb in seiner Heimat ist; und im Regelfall weiß er, insbesondere, wenn er vom Land kommt: In seine eigentliche Heimat kommt er nicht wieder zurück, er kommt im besten Fall in dasselbe Land zurück. Es ist ein Riesenproblem, dass die ursprünglichen Siedlungsgebiete verschwinden, das ist der Hauptgrund für Iraker, ihre Zuflucht in Europa zu suchen. Wenn sie in ihr Haus zurückkehren könnten, würden sie es sich noch überlegen. Und das ist die brennende Frage an die Politik, weil wir auf der anderen Seite, wenn wir die Grenzen öffnen würden, auf einen Schlag eine Million Christen aus dem Nahen Osten hier hätten.